



Sonderausgabe aus Anlass der Bundestagswahl am 22. September 2013 | Juli 2013 | [www.wwf.de/bundestagswahl-2013](http://www.wwf.de/bundestagswahl-2013)

# WO IST DIE TRENDWENDE?

1997, 2002, 2013 ... Das dritte „Jahrhunderthochwasser“ in Deutschland binnen 16 Jahren hat es wieder vor Augen geführt: Die Natur schlägt zurück, wo der Mensch unverantwortlich in sie eingreift. Auenvernichtung, Flussbegradigung und Versiegelung der Landschaft sind neben ungewöhnlich starken Regenfällen die Hauptursachen für die Flutkatastrophe dieses Sommers. Und nach allen Vorhersagen werden wir uns zunehmend auf extreme Wetterereignisse als Folge des Klimawandels einstellen müssen.

Dieses und noch viel mehr ist Anlass genug, dem Umwelt- und Naturschutz im Wahljahr die notwendige Bedeutung beizumessen. So sieht das die große Mehrheit der Menschen hierzulande. Das zeigen alle Umfragen. Klar ist: Konsequenter als bisher müssen wir die Energiewende voranbringen, statt sie zu zerreden. Wir müssen die Bevölkerung einbeziehen und sie für eine Sache begeistern, von der wir alle profitieren. Und nicht zuletzt müssen wir der Natur und ihrem Schutz wieder mehr Raum geben.

Für das, was die Natur kostenfrei für uns leistet, haben die Ökonomen beeindruckende Zahlen ermittelt. So erzeugen Bienen durch die Bestäubung der Nutzpflanzen einen wirtschaftlichen Wert zwischen zwei und acht Milliarden US-Dollar pro Jahr. Und allein die jährliche Wertschöpfung aus den

Naturschutzgebieten der Welt übersteigt die der globalen Informations-technologiebranche, der Automobilunternehmen und der Stahlindustrie zusammen. Also: Unser Naturkapital liefert mehrfache Dividende.

Eine neue Bundesregierung muss mehr tun, als bisher getan wurde. Noch im Wahljahr bremst die jetzige Koalition die Europäische Kommission, die die Agrarpolitik ökologischer machen und milliardenschwere Subventionen für Bauern an striktere Umweltauflagen knüpfen wollte. Der WWF fordert für die nächste Wahlperiode, Forschung und Förderung so gestalten, dass sich die ökologische Landwirtschaft besser entwickeln kann – vor allem aber, dass wir die gesamte Landwirtschaft stärker ökologisch ausrichten. Es muss Schluss sein mit Monokulturen, mit ungezügelter Massentierhaltung, die

auf gigantische Futtermittelimporte angewiesen ist. Den dafür benötigten Anbauflächen fallen wertvolle Tropenwaldflächen riesigen Ausmaßes zum Opfer.

Der WWF fordert von einer neuen Bundesregierung eine Trendwende. Sie muss dafür sorgen, dass in allen Ministerien das Nachhaltigkeitsprinzip und der Erhalt der biologischen Vielfalt zur verbindlichen Handlungsmaxime wird. Für beides liegen Strategien und Zielvorgaben vor. Jetzt brauchen wir eine Regierung, die sie endlich umsetzt.

Auf den folgenden Seiten hat der WWF seine Forderungen zur Bundestagswahl formuliert. Er hat die Parteien konkret zu ihren natur- und umweltschutzpolitischen Plänen befragt und die vorliegenden Parteiprogramme verglichen.

# BAGGERN, BOHREN, FISCHEN - MEERE OHNE SCHUTZ

Eine neue Regierung muss Schutzgebiete in Nord- und Ostsee besser schützen.

Vor fast sechs Jahren hat die EU zehn von der Bundesregierung gemeldete Meeresareale als „Natura 2000“-Schutzgebiete in der sogenannten Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ, auch „200-Meilen-Zone“) ausgewiesen – vier in der Nordsee, sechs in der Ostsee. Sandbänke und Riffe, Meeressäuger und Seevögel sollten geschont werden. Aber seitdem ist wenig passiert. Zu wenig. Nur Windräder sind dort verboten. Noch darf jeder Quadratmeter befischt werden. Bagger dürfen Sand und Kies ausbuddeln, Öl- und Gasfirmen neue Vorkommen erkunden. Es fehlen strikte Auflagen für die Wirtschaft.

Verabschiedet eine neue Regierung nicht binnen weniger Monate einen Katalog von Maßnahmen, drohen teure Vertragsstrafen. Die Zeit ist knapp. Das Ökosystem Meer ist in Not. Bestes Beispiel: der Schweinswal, der einzige Wal an deutschen Küsten. Um Luft zu holen, muss er regelmäßig auftauchen. Zu oft kommen ihm dabei die Fischfänger mit ihren Stellnetzen in die Quere, in denen er sich verfängt und erstickt. In der mittleren Ostsee gibt es allenfalls noch 600 Tiere. Auf der Roten Liste der gefährdeten Arten ist dieser Bestand als „stark gefährdet“ eingestuft.

Die Hälfte der geschützten Meeresfläche muss daher für menschliche Eingriffe zur Tabuzone erklärt und der Rest nur für ökologisch unbedenkliche Nutzungen zugelassen werden. Der Schweinswal würde profitieren, genauso rare Speisefische wie der Kabeljau.

Alle wissenschaftlichen Vorarbeiten sind bereits geleistet. Die sofortige Umsetzung der Empfehlungen muss daher eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung sein.

  [wwf.de/schweinswal](http://wwf.de/schweinswal)



Auenwald unter Wasser. Völlig normal an der Elbe bei Dessau. In dieser natürlichen Flusslandschaft, die auch hohe Wasserstände auffangen kann, hat sich im Wechsel von Hochwasser und Trockenheit der größte zusammenhängende Auenwald Mitteleuropas erhalten. Er beherbergt viele spezialisierte und daher oft bedrohte Arten.

## NATUR IST UNVERZICHTBAR

Wir wollen intakte Natur – um ihrer selbst willen, aber auch wegen ihrer Leistungen für die Gesellschaft. Fünf Beispiele:

- 1** Die neue Jahrhundertflut an Elbe und Donau wirft viele Fragen auf. Flussbegradigungen und das Abholzen der Auenwälder haben das Hochwasserisiko auf jeden Fall stark erhöht. Vielerorts jedoch ließen sich die Sünden der Vergangenheit beheben. Flussauen müssen wieder als Räume für den Hochwasserrückhalt und als unsere artenreichsten Lebensräume zurückgewonnen werden.
- 2** Moore, Flussauen, Streuobstwiesen – 70 Prozent der 700 Ökosysteme Deutschlands gelten als gefährdet. Es geht aber auch anders. Das Netzwerk der EU-Schutzgebiete mit etwa 17 Prozent geschützter Landfläche erwirtschaftet pro Jahr einen Gegenwert von rund 300 Milliarden Euro für das Gemeinwohl, weil es etwa dem Klimaschutz und der Wasserreinigung dient.
- 3** Naturräume von mindestens 100 Quadratkilometern, die nicht durch Siedlungen oder Straßen zerschnitten werden, gibt es heute viel zu wenige. Große Tiere wie der Luchs brauchen aber solche Naturräume sowie „grüne Korridore“, um zwischen ihnen wandern zu können, zum Beispiel auf der Suche nach Beute.
- 4** Für vier von fünf deutschen Urlaubern ist das Erlebnis atemberaubender Natur ein Argument bei der Wahl des Reiseziels. Umweltorganisationen setzen sich bereits mit Erfolg dafür ein, mehr Wildnis in Deutschland zu schaffen – zwei Prozent des Bundesgebietes sollen für die ungestörte Natur reserviert sein.
- 5** Aus dem UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt resultiert für die Bundesregierung die Verpflichtung, Natur auch in Deutschland konsequent zu schützen. Überdies muss sie ihr Versprechen einhalten, ab 2013 rund 500 Millionen Euro jährlich für den Schutz der biologischen Vielfalt und der Wälder in Entwicklungsländern bereitzustellen. Letztere sind auch für das globale Klima unverzichtbar.

  [wwf.de/biodiversitaet](http://wwf.de/biodiversitaet)

# ENERGIEWENDE – BAUSTELLE DEUTSCHLAND

Deutschland baut als erste moderne Industriegesellschaft seine Energieversorgung um auf erneuerbare Energien. Eine Regierung, die diesen Weg erfolgreich gehen will, muss schnell die richtigen Weichen stellen.

## Erneuerbare Energien ausbauen, Versorgung sichern, Strommarkt verändern

Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht rasant voran. Doch die Wind- und Solarkraftwerke stehen nicht immer dort, wo der Strom gebraucht wird. Sie liefern auch nur dann Energie, wenn der Wind weht oder die Sonne scheint. Das heißt: Deutschland muss die Lücken füllen, bis die Infrastruktur des regenerativen Stromsystems steht. In den nächsten Dekaden werden noch einige konventionelle Kraftwerke gebraucht, die schnell einspringen können. Das sind vor allem flexible Gaskraftwerke. Die belasten das Klima weniger. Doch: Der Markt muss entsprechend den neuen Anforderungen gestaltet werden. Das bewährte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss für diese neue Phase fit gemacht werden. Der Ausbau von Solar- und Windkraft hat aber auch dazu geführt, dass fossile Kraftwerke oft nicht mehr ihre Betriebskosten decken können und sich Investitionen in neue Gaskraftwerke nicht mehr lohnen, da sie viel weniger Stunden im Jahr laufen. Zukünftig soll nicht nur die Lieferung von Strommengen honoriert werden, sondern auch das Vorhalten eines Kraftwerkes für wind- und sonnenarme Stunden. Dies muss so ökonomisch günstig wie ökologisch sinnvoll passieren. Der WWF schlägt dafür das Modell des „fokussierten Kapazitätsmarkts“ vor.

## Energieverbrauch senken

Der Energieverbrauch muss bis zum Jahr 2050 halbiert werden. Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht vor, dass der deutsche Energieverbrauch bis 2020 bereits um ein Fünftel sinkt. Das heißt vor allem: Die Gebäudesanierungsquote muss sich verdoppeln. Der WWF setzt sich für eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung ein. Begleitend sollen Energieversorger mit einem sogenannten „Weiße Zertifikate“-System zu verbindlichen jährlichen Energieeinsparungen verpflichtet werden.

## Bürger beteiligen

Die Energiewende und der Ausbau neuer Infrastrukturen kann nur mit der Unterstützung ganz vieler Menschen erfolgreich umgesetzt werden. Ein enger Schulterschluss aller Akteure ist nötig, um den Umbau der Energieversorgung weiter voranzutreiben. Der WWF hat zusammen mit dem Bundesverband der deutschen Energie und Wasserwirtschaft (BDEW) vorgeschlagen, ein „Nationales Forum Energiewende“ zu gründen, um schnell, systematisch und umfassend mit den unterschiedlichen Akteuren effektive Lösungen zu entwickeln und Hindernisse abzubauen.

## Kosten ehrlich benennen und fair verteilen

Der Strompreis wäre in den kommenden Jahren auch ohne Energiewende gestiegen. Denn in den vergangenen Jahren wurde einfach sehr wenig in Kraftwerke und Netze investiert. Das muss nun nachgeholt werden. Die Kosten hierfür und die für den Ausbau der erneuerbaren Energien werden aber nicht gerecht verteilt. So verbrauchen die größten Stromschluckler 18 Prozent der Elektrizität, zahlen aber nur 0,3 Prozent der Umlage, die sonst jeder mit seiner Stromrechnung für die erneuerbaren Energien leistet. Dass zu viele solcher Industriebetriebe befreit sind, macht den Strom für den Bürger teurer. Das muss korrigiert werden.

## Emissionszertifikate verknapfen

Das europäische Emissionshandelssystem ist in der Krise, da das System viele Geburtsfehler hat. Zu viele Zertifikate sind nun im System. Die Verdrängung klimaschädlicher Kraftwerke und Produktionsanlagen wird schwerer und der Umstieg auf erneuerbare Energien teurer. Wenn CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte nicht zu angemessenen Preisen versteigert werden können, fehlen außerdem Finanzmittel für den nationalen und den internationalen Klimaschutz. Der WWF tritt für ein umfassendes Reparaturprogramm des Emissionshandelssystems ein.

  [wwf.de/energiewende](http://wwf.de/energiewende)

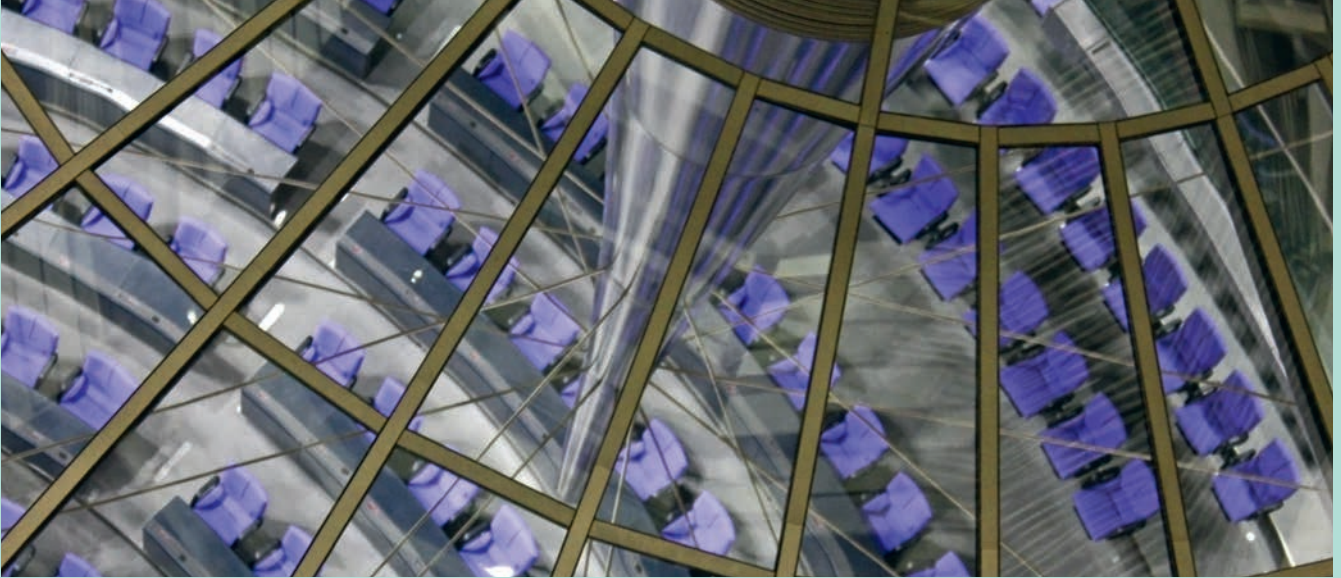
---

## Impressum

Herausgeber: WWF Deutschland, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, Tel.: (030) 311 777-0, Fax: (030) 311 777-199, [info@wwf.de](mailto:info@wwf.de), [wwf.de](http://wwf.de)  
Redaktionsschluss: 23.06.2013; Für den Inhalt verantwortlich: Marco Vollmar/WWF (V. i. S. d. P.)  
Redaktion u. Koordination: Alois Vedder/WWF, Thomas Köberich/WWF; Gestaltung: Thomas Schlembach/WWF  
Produktion: Maro Ballach/WWF; Druck: Körner Druck, Sindelfingen; Papier: Charisma Silk (100% Recyclingpapier)  
Fotos: S. 1 Jan Totzek/panographer.de; S. 2 Astrid Eichhorn/WWF; S. 4 alles-schlumpf; S. 6 CDU/Laurence Chaperon; SPD/Peer Steinbrück; S. 7: FDP, DIE LINKE/Thomas Kläeber, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/Stefan Kaminski

# DA LÄSST SICH NICHTS VERHANDELN!

## Die wichtigsten 10 Punkte für den Umwelt-Koalitionsvertrag



### Natur und biologische Vielfalt erhalten

- 1** Wir setzen uns gemäß der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt dafür ein, bis 2020 mindestens 2 % der Landesfläche Deutschlands in Wildnisflächen zu verwandeln. Wir arbeiten zusammen mit den Ländern an einem Aktionsplan „Wildnis in Deutschland“, um neue Wildnisgebiete in Deutschland zeitnah auszuweisen. Damit sichern wir einen wichtigen Teil des Naturerbes für zukünftige Generationen. Ergänzend wollen wir das Nationale Naturerbe um mindestens 30.000 ha erweitern.
- 2** Wir werden der zunehmend intensiveren Nutzung der Meere wirksame und rechtlich einklagbare Instrumente gegenüberstellen. Die sollen zu einer nachhaltigen Entwicklung in Nord- und Ostsee und einem guten Umweltzustand unserer Meeresschutzgebiete bis 2020 führen. Dazu wollen wir mindestens 50 % der Gesamtfläche der Meeresschutzgebiete in Nord- und Ostsee konsequent schützen und vor Fischerei und Rohstoffabbau sichern. Auf der übrigen Fläche der Schutzgebiete soll Fischerei nur unter besonderen Anforderungen an die Umweltverträglichkeit zugelassen werden.
- 3** Unser Ziel ist es, den Verlust der Artenvielfalt und die Degradierung von Ökosystemen weltweit bis 2020 zu stoppen, um das Naturkapital zu erhalten sowie nachhaltige Entwicklungen zu ermöglichen. Wir wollen Deutschlands Vorreiterrolle beim globalen Naturschutz beibehalten. Daher stehen wir zu der Zusage, den internationalen Biodiversitäts- und Waldschutz mit jährlich 500 Millionen Euro zu unterstützen.
- 4** Nach den Erfahrungen mit der Flutkatastrophe 2013 wollen wir beim vorbeugenden Hochwasserschutz zügiger und konsequenter handeln als bisher. Dafür müssen wir den Flüssen wieder große Teile ihrer natürlichen Überflutungsräume zurückzugeben. Wir werden entschlossen die Umsetzung nachhaltiger Aktionsprogramme zum Hochwasserschutz vorantreiben. Dazu werden wir zunächst großflächig ehemalige Auen als Räume für den Hochwasserrückhalt raumordnerisch sichern.

## Energiewende konstruktiv gestalten

**5** Unser Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen Deutschlands um mindestens 40 % bis 2020 und um mindestens 95 % bis 2050 gegenüber 1990 zu reduzieren. Das wollen wir mit entsprechenden Zwischenzielen in einem Klimaschutzgesetz verbindlich fixieren. In diesem Gesetz legen wir feste Zwischenschritte auf dem Weg zu einer Halbierung des Endenergieverbrauchs bis 2050 fest und verpflichten alle klimarelevanten Sektoren zu spezifischen Unterzielen und hierfür geeigneten Politikinstrumenten, damit diese ihren Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen leisten.

**6** Um den Endenergieverbrauch bis 2050 halbieren zu können, werden wir vor allem sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen als auch die (staatliche) Förderung konsequent am langfristigen Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands für 2050 ausrichten. In einer an diesem Ziel orientierten Sanierungsstrategie wollen wir nicht nur den Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen drastisch reduzieren, sondern auch die Energiekosten für Mieter und Eigentümer senken und Arbeitsplätze bei Herstellern und Handwerk schaffen.

**7** Den konventionellen Kraftwerkspark und den Ausbau der erneuerbaren Energien wollen wir gemeinsam entwickeln. Dafür muss die Ausgestaltung des heutigen Strommarktdesigns reformiert und als Kernstück sogenannte „Fokussierte Kapazitätsmärkte“ eingeführt werden. So lassen sich der fristgerechte Ausstieg aus der Kernenergie absichern, die Versorgungssicherheit im Übergang zu 100 % erneuerbaren Energien bis 2050 gewährleisten, die Stromkosten gering halten und die gesteckten Klimaziele erreichen.

## Neuanfang in der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik wagen

**8** Wir wollen die Förderinstrumente für eine umfassende Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft nutzen – insbesondere bei Bodenschutz und Tierhaltung (inkl. Fütterung). Die Forschungsprogramme zu agrarökologischen Praktiken werden wir finanziell den Forschungen zugunsten der Intensivlandwirtschaft gleichstellen.

**9** Wir werden konkrete Schritte unternehmen, um einen nachhaltigen Konsum von Lebensmitteln zu fördern. Dazu wird die Bundesregierung ab sofort eine Strategie zur nachhaltigen Ernährung entwickeln, und zwar mit den beiden Kernelementen „Vermeidung von Lebensmittelverschwendung“ und „verringertes Fleischkonsum nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE)“. Es ist unsere erklärte Absicht, bis zum Ende der Legislaturperiode in beiden Bereichen messbare Fortschritte zu erzielen.

**10** Wir müssen den globalen ökologischen Fußabdruck der deutschen Landwirtschaft zwingend minimieren. Dafür ist es wichtig, den verpflichtenden Nachweis einer nachhaltigen Produktion für alle importierten Agrarrohstoffe einzuführen. Nicht weniger wichtig ist die Entwicklung einer „Eiweißstrategie“, die u. a. den Anbau von einheimischen Hülsenfrüchten fördert und so Möglichkeiten schafft, importiertes Soja in großen Teilen durch andere Futtermittel zu ersetzen.

# Die Konfrontation: Der WWF fragt,

Nehmen wir einmal an, Sie sind in der kommenden Bundesregierung ...



**Hermann Gröhe**  
CDU

Zu 1: Um das ehrgeizige Ziel einer Halbierung bis 2050 zu erreichen, treiben wir die Energieeinsparung zügig voran. Dazu setzen wir gezielt Anreize wie beispielsweise durch das Gebäudesanierungsprogramm. Diese greifen jedoch unterschiedlich schnell. Starre jährliche Zwischenziele helfen uns deshalb nicht weiter.

Zu 2: Wir stehen ein für eine umweltfreundliche Erzeugung von Lebensmitteln, die auch einen Beitrag zur Welternährung leistet. Deshalb setzen wir zusammen mit der Landwirtschaft vor allem auf Maßnahmen wie Fruchtfolge, Grünlanderhalt, Eiweißpflanzen und die Förderung des ökologischen Landbaus. Zudem wollen wir die erfolgreichen Agrarumweltprogramme fortführen. Ein Drittel der deutschen Landwirte nimmt daran heute schon teil. Die Förderung von Bioenergie konzentrieren wir immer stärker auf Reststoffe.



**Peer Steinbrück**  
SPD

Zu 1: Die Steigerung der Energieeffizienz und die Ausschöpfung von Einsparungspotenzialen sind entscheidend für das Gelingen der Energiewende hin zum vollständigen Umstieg auf Erneuerbare Energien. Nicht nur im Verkehrsbereich und im Wohnungsbau liegen noch große Potenziale, sondern auch in den industriellen und haushaltsnahen Bereichen. Schwerpunkte legen wir dabei auf den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung sowie die energetische Gebäudesanierung.

Zu 2: Wir wollen eine nachhaltige Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume beiträgt. Wir sehen im Ökolandbau ein Modell für solche Land- und Ernährungswirtschaft. Wir wollen ihn deshalb stärken und seine Potenziale ausbauen. Die vielfältigen Leistungen, die Landwirte und andere Landnutzer für Natur- und Artenschutz erbringen, können auch künftig nur bedingt über die Rohstoffmärkte abgegolten werden. Daher müssen sie einen Anreiz erhalten, die gewünschten öffentlichen Güter bereitzustellen. Das bestehende System der EU-Agrarförderung muss konsequent so umgebaut werden, dass es diesen Zielen ebenso konsistent dient.

**Werden Sie ein jährliches Energieeinsparziel festlegen, um schrittweise den Energieverbrauch bis 2050 insgesamt zu halbieren?**

**Wie werden Sie die Förderung der Landwirtschaft ausrichten, um eine Ökologisierung der Agrarwirtschaft insgesamt zu erreichen?**

# die Spitzen der Parteien antworten



**Rainer Brüderle**  
FDP

Zu 1: Die FDP steht zu dem Ziel, den Energieverbrauch bis 2050 insgesamt zu halbieren. Verpflichtende jährliche Energieeinsparziele lehnen wir jedoch ab. Eine starre Vorgabe entspricht nicht der Lebenswirklichkeit. Technischer Fortschritt kann in einem Jahr größer, in anderen Jahren kleiner sein. Wichtig ist nicht die staatlich verordnete Gleichförmigkeit der Schritte, sondern das Ziel. Dafür brauchen wir technologische und unternehmerische Freiheit. Nur so kann deutsche Ingenieurskunst weiter internationale Maßstäbe setzen.

Zu 2: Wir wollen die Rahmenbedingungen sowohl für die ökologische als auch für die konventionelle Landwirtschaft durch marktwirtschaftliche Reformen weiter verbessern. Daher unterstützen wir die unternehmerische Freiheit der Landwirte und setzen uns für gleiche Wettbewerbsbedingungen in der EU ein. Die Belastung der Natur soll gemindert, die Standards in der Nutztierhaltung erhöht und mehr nachwachsende Rohstoffe eingesetzt werden. Dafür werden wir die Agrarforschung stärken. Bei der Bioenergie wollen wir Konkurrenzen zwischen Tank und Teller vermindern, indem bspw. verstärkt Rest- und Koppelprodukte genutzt werden.



**Gregor Gysi**  
DIE LINKE

Zu 1: DIE LINKE setzt sich dafür ein, bis 2050 vollständig auf erneuerbare Energien umzusteigen. Dazu braucht es festgelegte Grenzwerte beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß anstatt eines markt-basierten Emissionshandels. Allein die EU-Einsparziele sind mit den gegenwärtigen Maßnahmen zur Energieeffizienz nicht zu erreichen. Die Bundesregierung setzt auf Freiwilligkeit der Industrie. Wir fordern verbindliche Effizienzvorgaben vor allem für Industrie und Energiewirtschaft.

Zu 2: DIE LINKE streitet für die Ökologisierung der Landwirtschaft. Das heißt, nicht alles muss „Bio“ sein, sondern die Agrarwirtschaft soll regionaler, ressourcen- und energieschonender produzieren. Dazu beitragen kann eine Stickstoffüberschussabgabe, die Pflicht zu ökologischen Vorrangflächen und mehr Bienenfreundlichkeit in der EU-Agrarpolitik. Im „PLAN B“ steht die LINKE Vision für die Landwirtschaft im Jahr 2050: orientiert am Wochen- statt am Weltmarkt.



**Jürgen Trittin**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu 1: In einem nationalen Energieeffizienzgesetz wollen wir die EU-Richtlinie endlich umsetzen und ein verbindliches Einsparziel bis 2020 von zwanzig Prozent gegenüber 2005 festschreiben. Dabei setzen wir auf verbindliche Einsparvorgaben für Energieversorger und eine klare Vorbildfunktion der öffentlichen Hand. Im Gebäudebereich ist unser Ziel, bis 2050 durch die Sanierung des kompletten heutigen Bestands und den Ersatz der fossilen Wärme durch erneuerbare einen klimaneutralen Gebäudebestand zu haben.






Zu 2: Öffentliches Geld für öffentliche Güter ist grüne Leitlinie für die EU-Agrarreform und ihre Umsetzung in Deutschland. Das Greening, also die Ökologisierung der Direktzahlungen, ist ein Einstieg. Um es mit Leben zu füllen, müssen die Instrumente Fruchtfolge, Grünlanderhalt und ökologische Vorrangflächen ambitioniert ausgestaltet werden. Agrarumweltmaßnahmen und Ökolandbau wollen wir Grüne verlässlich honorieren und dazu Mittel aus Direktzahlungen in die Förderung von ländlicher Entwicklung umwidmen.

# Der WWF-Programmcheck.

Sie haben im September 2013 die Wahl! Aber zwischen welchen Positionen eigentlich? Wo stehen die Parteien beim Natur- und Umweltschutz – jenseits der Sonntagsreden? Um Licht ins Dunkel zu bringen, hat der WWF die von den im Bundestag vertretenen Parteien selbst geschriebenen Papiere analysiert – die Wahlprogramme. Nach sorgfältiger Prüfung wurden diese mit den eigenen Forderungen verglichen. Die Ergebnisse der Gegenüberstellung sehen Sie unten. Doch kein Missverständnis: Ziehen Sie Ihre eigenen Schlüsse, aber verstehen Sie bitte die Bewertung nicht als Wahlempfehlung. Die Entscheidung liegt bei Ihnen. Denn es ist Ihre Wahl!

Übrigens: Recherchen, Analysen und Kommentare zur Bundestagswahl finden Sie auch auf den Sonderseiten des WWF im Netz unter [wwf.de/bundestagswahl-2013](http://wwf.de/bundestagswahl-2013)

-  Mindestens überwiegende Übereinstimmung mit der WWF-Forderung
-  Die Parteiposition ist nicht eindeutig genug oder erfüllt die WWF-Forderung nur teilweise
-  Die Parteiposition steht konträr zur WWF-Forderung
-  Keine Aussage

Der WWF fordert von der nächsten Bundesregierung, ...	So stehen die Parteien in ihren Wahlprogrammen dazu:				
					
500 Millionen Euro für den internationalen Wald- und Biodiversitätsschutz bereitzustellen.	—	↑	—	↑	→
das Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ ausbauen, die finanzielle Ausstattung mindestens zu verdoppeln.	→	→	→	↑	↑
das Nationale Naturerbe zu erweitern sowie Wildnisflächen auf mindestens 2% der Landesfläche auszuweiten.	—	↑	—	→	↑
die natürliche Biodiversität von Lebensräumen und Arten in Flüssen zu erhalten und wiederherzustellen.	↑	↑	↑	↑	↑
das Bundeswaldgesetz modernisieren mit Mindestnachhaltigkeitsstandards für die gesamte genutzte Forstfläche.	—	↑	—	→	↑
das internationale Engagement zu verstärken zur Ausweisung von 10% der Weltmeere als Schutzgebiete.	→	→	→	—	→
die Gesamtfläche der Meeresschutzgebiete in Nord- und Ostsee konsequent zu schützen, 50% der Fläche für Fischerei und Rohstoffabbau zu schließen.	→	—	—	→	→
die Reduzierung von Treibhausgasemissionen in Europa (ggü. 1990) um mindestens 30% bis 2020 und 95% bis 2050 voranzutreiben.	→	→	—	—	→
die Sanierung des Europäischen Emissionshandels durch laufende ehrgeizige Reduzierung der CO <sub>2</sub> -Zertifikate sicherzustellen.	→	→	↓	↓	↑
die Reduzierung von Treibhausgasemissionen in Deutschland (ggü. 1990) um 40% bis 2020, mindestens 95% bis 2050.	→	↑	↑	↑	↑
den Beschluss eines Klimaschutzgesetzes, das die Treibhausgas-Minderungsziele enthält, alle Sektoren umfasst und ein Energieeinsparziel von 50% bis 2050 verfolgt.	—	↑	—	→	↑
Deutschlands angemessenen Anteil an internationaler Klimaschutzfinanzierung schrittweise bis 2050 sicherzustellen.	—	—	→	↑	→
„Fokussierte Kapazitätsmärkte“ als ergänzendes Element im Strommarkt einzuführen.	→	→	→	—	↑
die Förderung der energetischen Gebäudesanierung zu erhöhen mit dem Ziel eines klimaneutralen Bestands bis 2050.	→	→	→	↑	↑
die Förderinstrumente für eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft zu nutzen, insbesondere bei Bodenschutz und Tierhaltung (inkl. Futtermittel).	→	↑	—	↑	↑
eine finanzielle Gleichstellung der Programme zur agrarökologischen Forschung mit denen zur Intensivlandwirtschaft.	↓	→	—	—	↑
die Einführung einer Nachweispflicht zur Produktion importierter Agrarrohstoffe nach Umwelt- und Sozialstandards.	—	—	↑	↑	↑
die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für alle Lebensmittel und Futtermittel, die mit gentechnisch veränderten Organismen produziert werden.	→	↑	↑	→	↑
eine Strategie zur nachhaltigen Ernährung mit festgelegten Zielen zur Verringerung von Lebensmittelabfall und Fleischkonsum.	→	—	—	—	→
die Aufwertung von Nachhaltigkeitsinstitutionen auf Bundesebene, etwa den Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung (PBNE).	—	—	—	—	—
den Start einer Initiative zur Integration von „nachhaltiger Entwicklung“ in die Ausbildung von Lehrern und Erziehern.	—	→	→	—	—